Marburger Echo

Ausgabe Juni 2017

Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht

Die Kürzungspolitik des OB Spiess

Weg mit der Rhön AG

Neues vom Klinikum

Kommunisten im Wahlkampf

Es geht nicht um das Kreuzchen auf dem Papier

Neues Aussehen, bewährter Inhalt!

Die erste Ausgabe

Lieber Leser, liebe Leserin,

Sie erhalten gerade die erste Ausgabe unseres neuen Marburger Echo in der Hand. Nach längerer Pause wollen wir unser Marburger Echo nun wieder regelmäßig, viermal im Jahr, herausbringen. Wer „wir“ sind? Wir sind die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) in Marburg. Vielleicht haben Sie ja schon einmal von uns gehört. Wir sind eine Partei deutscher Kommunisten und Kommunistinnen, die sich für eine Gesellschaft frei von Ausbeutung, Armut und Krieg einsetzen, für eine Gesellschaft, in der nicht die wenigen Reichen, Banken und Konzerne herrschen, sondern die arbeitenden Menschen. Oder kurz: Für den Sozialismus! Der Kampf dafür fängt „im Kleinen“ an, auch hier in Marburg, in der Stadt, in der wir leben, arbeiten, studieren oder zur Schule gehen. Wir wollen uns gemeinsam mit Ihnen für eine Stadt mit bezahlbarem Wohnraum einsetzen, für gut ausgestattete Schulen, sichere, menschenwürdige und gut bezahlte Arbeitsplätze! Gerade in Zeiten wie heute, in denen ein Marburger Oberbürgermeister der SPD massive Kürzungen im Sozial- und Kulturbereich durchsetzt, in denen Arbeitsplätze immer unsicherer werden, in denen die Belastung überall, ob in der Schule, in der Uni oder im Job, zunimmt, gerade jetzt ist es wichtig, sich gemeinsam zu widersetzen. Die Streiks der Busfahrer und Busfahrerinnen, die Streiks am Universitätsklinikum, die Proteste der Bürger und Bürgerinnen gegen die Sparmaßnahmen eines Dr. Spies– sie haben uns gezeigt, dass das möglich ist. Wir von der DKP Marburg wollen Ihnen mit dieser Zeitung „unsere“ Sicht auf die Entwicklungen hier in Marburg, aber auch in Deutschland und in der Welt darlegen. Lassen Sie uns wissen, was Sie von unserem „Marburger Echo“ halten! Schreiben Sie uns Ihre Meinung!

von Michael Henkes,
Vorsitzender der DKP Kreis Marburg-Biedenkopf

"Alternativen aus dem Rechner" von Cockshott/Cotrell

Buchempfehlung

Ist Sozialismus überhaupt machbar? Und wenn ja, wie? Diesen Fragen wird sich wohl jede dem linken Spektrum zuzurechnende Person stellen müssen. Dreißig Jahre nach dem Ende des Großen Versuches, eine sozialistische Welt zu errichten, zeigt sich der übriggebliebene Kapitalismus bzw. Imperialismus hässlicher denn je: Kriege, Hunger, wachsende Ungleichheit, Klimakatastrophen, ganze Staaten kollabieren, Mauern werden errichtet… Gründe gibt es also genug, nach einer sozialistischen Alternative zu forschen. Paul Cockshott, Informatiker, und Allin Cotrell, Wirtschaftswissenschaftler, begannen, die Gründe des Niederganges des Sozialismus in der UdSSR bereits kurz nach deren Ende zu erforschen mit dem Ziel: Beim nächsten Versuch soll es gelingen.

Für Cockshott/Cotrell sind die Grundlagen einer Sozialistischen Wirtschaft: Gleichheit, die sie im Gegensatz zur Ungleichheit im Kapitalismus für effektiver halten. Die Marx'sche Arbeitswerttheorie: Arbeitszeiteinheiten (Arbeitsstunden, wenn man so will) werden als Berechnungsgrundlage für Produktion, Projekte und Vergütung verwendet. Direkte Demokratie: Im Sozialismus soll jede Person in der Lage sein, Entscheidungen zu treffen, die für die Gesellschaft relevant sind; der Parlamentarismus, der bekanntermaßen zur Entfremdung von der Gesellschaft führt, erübrigt sich. Planung der Wirtschaft: Steuerung der Produktion und Ermittlung der Bedarfe erfolgen mit Hilfe vernetzter Computer.

Das Buch eignet sich sehr gut für einen kritischen Lesekreis.

Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht!

Die Kürzungspolitik des OB Spiess

SDAJ Marburg Bericht

Nach langen Tagen in der Schule, in der Ausbildung oder im Betrieb braucht man einen Ausgleich. Wenn man sich nicht schlapp auf sein Bett wirft und seine Zeit vorm Handy verbringt, sind Besuche bei Kulturveranstaltungen eine gute Wahl. Doch genau dieses Kulturangebot wird von der Stadtregierung gerade zusammengekürzt. Auch die Marburger Sozialinitiativen sind von massiven Kürzungen betroffen. Das stellt unter anderem eine existentielle Bedrohung für soziale Nachhilfeangebote am Richtsberg dar.

Für Arbeiterkinder bedeutet das, dass sie noch weniger Chancen auf einen guten Schulabschluss haben, denn ihre Eltern können sich im Gegensatz zu reicheren Eltern keine teure Nachhilfe leisten. Die Politik der Stadtregierung unter Oberbürgermeister Dr. Spies ist also eindeutig gegen die Interessen der Jugend gerichtet. Begründet wird das Ganze mit dem dreisten Argument, es sei kein Geld da. Das kann aber nicht stimmen, denn die Stadtregierung weigert sich beharrlich, die relativ niedrige Gewerbesteuer anzuheben, und zahlt gleichzeitig 1,5 Millionen Euro an eine Stiftung der Familie Pohl. Die Familie Pohl kontrolliert mehr Vermögen, als die Stadt Marburg insgesamt mit allen öffentlichen Gebäuden zusammengerechnet besitzt.

Dieses undemokratische Kräfteverhältnis wird dadurch deutlich, dass Fam. Pohl das Geld, das jetzt an sie „zurück“ fließen soll, einmal der Stadt geschenkt hat, um ein ihr genehmes Infrastrukturprojekt durchzusetzen, das aber aus technischen Gründen gescheitert ist.

Wir sagen: Geschenkt ist geschenkt!
Wer gleichzeitig kürzt und an die Reichen schenkt,
muss mit Widerstand rechnen.

Nicht nur die DKP und die SDAJ haben erkannt, dass diese Politik antisozial und gefährlich ist. Wie schon bei der ersten Runde des Sozialabbaus, die drastische Gebührenerhöhungen vorsah - der Preis für einen KiTa-Platz stieg um ca. 50% -, haben Betroffene, also vor allem die Sozial- und Kulturinitiativen, Demonstrationen organisiert. Die Stadtregierung reagierte ausfallend: Spies nahm der Linkenpolitikerin Lise Kula bei einer Kundgebung das Mikrophon und damit das Rederecht weg, Bamberger bezeichnete die Demonstranten als „aufgehetzt“, und der städtische Kämmerer traf sich am Tag vor Protesten mit Vertretern der Initiativen und hat wohl deutlich gemacht, dass Proteste gegen die Sparmaßnahmen mit höheren Kürzungen bestraft werden. Fasst man das kurz zusammen, merkt man: Die Stadtregierung macht eine Politik gegen die Interessen der lernenden und arbeitenden Jugend und versucht, mit ‚Spalte und Herrsche‘ Widerstand zu unterbinden. Gegen eine solche Politik stand der 1. Mai 2017, der Kampftag der internationalen Arbeiterklasse. Mit einem gut organisierten Jugendblock haben wir bei der traditionellen Demonstration unseren Protest deutlich gemacht. Ironischerweise hatte sich der antisoziale Oberbürgermeister Dr. Spies bei der Kundgebung angekündigt, um ein Grußwort zu halten. Wie erwartet, nutzte er diese Gelegenheit, um so zu tun, als würde er die Interessen der Werktätigen vertreten, und betrieb Wahlkampf für die SPD.

Zum Glück hatten wir ein Transparent vorbereitet, auf dem wir Spies´ Wahlkampfversprechen - „Eine nachhaltige Stadtentwicklung – sozial, ökologisch, wirtschaftlich, und kulturell – darauf kommt es mir an.” - gegen die Realität – Sozialabbau, Gebührenerhöhung und Sparmaßnahmen – gestellt haben.

Denn: Wer einmal lügt,
dem glaubt man nicht!

Neues aus dem Klinikum

weg mit der Rhön AG!

Die Auseinandersetzung des Rhönkonzerns mit dem Land Hessen über die zu zahlenden Abschlagskosten für Forschung und Lehre sind beigelegt. Rhön wollte ursprünglich 25 Millionen jährlich sowie eine Nachzahlung von 100 Millionen Euro. Das Land weigerte sich zu zahlen, weil der Rhönkonzern die höheren Kosten nicht nachweisen konnte. Die Kosten für Forschung und Lehre hat das Land zu zahlen, während der laufende Klinikbetrieb Sache des Konzerns ist. Investitionen sind ebenfalls die Angelegenheit des Konzerns, weil dies laut Kaufvertrag so vereinbart wurde. Normalerweise hat hierfür das Land Hessen aufzukommen. Dafür hat der Konzern das Uniklinikum für 112 Millionen Euro quasi für einen „Apfel und ein Ei“ erhalten. Die Kosten für Investitionen müssen ebenso wie die Betriebskosten von den Beschäftigten erarbeitet werden, bevor sie von den Krankenkassen erstattet werden. Dass die Investitionen von den Krankenkassen de facto erstattet werden, ist eine Riesen-Sauerei. Das Land entledigte sich seiner Pflichtaufgabe zu Lasten der Beitragszahler. Darüber hinaus sind die Renditeerwartungen ebenfalls zu bedienen. Der Krankenhausbetrieb wird also nicht billiger, sondern teurer. Die Rechnung kann nur auf Kosten von Arbeitsverdichtung zu Lasten des Personals und schließlich der Patient(inn)en aufgehen. Mit verantwortlich sind die gesetzlich vorgeschriebenen sogenannten Fallpauschalen. Diese reichen in keinem Krankenhaus, um die tatsächlichen Kosten zu decken. Sie müssen abgeschafft werden.

Wie ist das Ergebnis zu bewerten? Das Land zahlt ab 2017 zusätzlich rund 15 Millionen mehr für Forschung und Lehre Auf betriebsbedingte Kündigungen wird verzichtet. Übernahmegarantie für Auszubildende. Gewinne vom UKGM verbleiben beim UKGM für zusätzliche Investitionen. Investitionen in Höhe von 100 Millionen an beiden Standorten - zu den eigenen Investitionen zahlt das Land einmalig 13 Millionen. Die Vereinbarung gilt bis 2022, sofern die jeweiligen Gremien zustimmen. Dafür lässt sich das Land groß feiern.

Was ist von der Einigung zu halten? Zum Einen ist es zu begrüßen, dass mehr Geld in Forschung und Lehre fließt, zum Anderen ist jedoch nicht nachprüfbar, ob das Geld überhaupt dort ankommt und nicht in den Taschen der Aktionäre landet. Die Einigung bei der Trennungsrechnung ist reines Aushandlungsergebnis. Eine nachvollziehbare Trennung zwischen Kosten für Forschung und Lehre einerseits und Klinikkosten andererseits ist praktisch unmöglich. Schon allein deshalb muss das Klinikum zurück zum Land. Der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis 2022 bedeutet nicht den Verzicht auf Stellenabbau. Dieser kann weiter durch Nichtbesetzung freier und freiwerdender Stellen erfolgen. Eine Stellenmehrung, wie sie allein wegen der gestiegenen Patientenzahlen erforderlich wäre, wurde nicht verhandelt. Die Übernahme der Auszubildenden liegt nicht nur im Interesse der jungen Menschen, sondern ist aus wirtschaftlichen Gründen ohnehin unumgänglich. Was nun die zugesagten Investitionen angeht, muss man feststellen, dass diese längst vertraglich vereinbart waren. Sie stellen also keinen Verhandlungserfolg dar. Was bleibt, sind 13 Millionen Euro Investitionshilfen, obwohl vertraglich ursprünglich wegen des niedrigen Kaufpreises von 112 Millionen ausgeschlossen. Außerdem 15 Millionen Euro für Forschung und Lehre, deren ordnungsgemäße Verwendung nicht nachprüfbar sein wird. Es werden sicher nicht die letzten Hilfen sein. Eine größere Einflussnahme des Landes Hessen beim Konzern wurde jedenfalls erfolgreich abgewehrt.

Das Land feiert dieses Ergebnis als Riesen-Erfolg. Dies ist ein Treppenwitz. Die einzigen, die Grund zum Feiern haben, sind die Aktionäre.

Es bleibt dabei:
das Uniklinikum muss zurück zum Land!
Gesundheit ist keine Ware!

Der Lokschuppenverkauf in Marburg wird zu einer Kabarettveranstaltung!

Gegen den Willen der Marburger Linken wurde im vergangenen Herbst in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, den Lokschuppen wieder zu verkaufen! Gleichzeitig gründete sich ein „Förderverein Lokschuppen“, der ein museales Konzept entwickelte. Ideen gab es in den vergangenen Jahren viele, was mit dem Lokschuppenareal alles gemacht werden könnte.

Letztlich wurden alle diese Pläne durch die Stadt nicht konsequent verfolgt, auch weil man selbst nicht bereit war, Gelder zu investieren. Die Chance für ein sozio-kulterelles Areal mit einem denkmalgerecht restaurierten Lokschuppen scheint vertan. Die Stadt Marburg hatte sich viel einfallen lassen, um auch die Kritiker in die Verkaufspläne einzubeziehen. Man hat zum ersten Mal ein Auswahlgremium geschaffen, in dem verschiedene Akteure, darunter Anrainer, Stadtplaner, Vertreter aus Politik und Verwaltung, Experten und Laien, in die Planungen einbezogen wurden. Im Verfahren verblieben die Bietergemeinschaft Drehscheibe-Lokschuppen GbR (Schneider GmbH und Christus Treff e.V.), Christmann und Pfeiffer Dynamic Living Sources GmbH.

Anfang des Monats Juni durften die zwei aussichtsreichsten Bewerberinnen ihre Lokschuppenkonzeptideen der Öffentlichkeit präsentieren. Man war erstaunt, wie sich die beiden Konzepte ähneln – und dies, obwohl der Bieter Schneider ursprünglich mit einer ganz anderen Idee ins Rennen ging, denn neben Eventveranstaltungen wie Hochzeiten, Kongresse etc. sollte studentisches Wohnen dort möglich sein und die Finanzierung sichern. Hingegen standen Christmann und Pfeiffer von Anfang an für ein offenes, einladendes Konzept, das keine Konkurrenz zu den bereits bestehenden Anrainern schaffen wollte – im Gegenteil traten sie vielmehr integrativ werbend auf und wollten vor allem junge Unternehmen aus der Kreativwirtschaft einbinden.

Bekanntermaßen gibt es mit dem „Rotkehlchen“ und dem Theater Gegenstand in der Waggonhalle bereits eine gewachsene soziokulturelle Szene, die früh erste Bedenken zum Mitwerber Christus Treff äußerte, zumindest was die Haltung gegenüber allen Menschen unabhängig von ihrer jeweiligen Sexualität und Geschlechtsidentität angeht.

Sicherlich ist hier ein Potential vorhanden, das gute Nachbarschaft erschweren könnte und nicht im Sinne der Stadt sein sollte. Das Verfahren als solches ist ad absurdum geführt, denn die verbliebenen Bieter haben sich geeinigt, gemeinsam ein Angebot abzugeben und ganz nebenbei den Christus Treff zu integrieren. Tatsächlich ist die Integration des Christus Treff sogar eine Bedingung! Wer hat denn welchen Einfluß auf wen? Vor genau drei Tagen konnte man im Wirtschaftsteil der Oberhessischen Presse den Bericht über eine Stammsitzerweiterung der Schneider GmbH in Fronhausen lesen. Die ausführende Baufirma ist hierbei niemand Geringeres als Christmann und Pfeiffer. Der Artikel schließt mit der Darstellung, wonach Gunter Schneider (Eigentümer Schneider GmbH) und Matthias Acker (Geschäftsführer von C&P) sich schon seit Kindheitstagen kennen. Es wäre skandalös, wenn sich jetzt herausstellen sollte, dass es in Wirklichkeit nie zwei Bieter gab!

Wieder einmal zeigt sich klar und deutlich, dass das Allheilmittel der Privatisierung nur ein Schein ist – in diesem Falle nicht mal ein schöner Schein. Unserer Überzeugung nach gehört das Kulturdenkmal Ringlokschuppen weiterhin in Öffentliche Hand. Es wäre die Aufgabe der Stadt, unter anderem auch durch Landes- und Bundesmittel, solche Schätze für die Menschen bestmöglich zu erhalten und für künftige Generationen zu bewahren. Nun - es wurde leider mehrheitlich anders entschieden.

Nach dieser überraschenden Wendung besteht jedoch erneut die Chance, das Kulturdenkmal Rinklokschhuppen in kommunaler Hand zu belassen und ein sozio-kulturelles Zentrum unter Einbeziehung der Marburger zu schaffen!

Es geht nicht um das Kreuzchen auf dem Papier

Kommunisten im Wahlkampf

Deutsche Kommunistische Partei kandidiert zur Bundestagswahl Warum denn das? Diese Partei kommt doch mit Sicherheit nicht in den Bundestag – warum soll ich die dann wählen? Gerade eine Bundestagswahl motiviert, mit Freunden und Arbeitskollegen über das zu reden, was jeden Tag Fakt ist: über Kriege, Umweltzerstörung, Armut, eigene Perspektiven und Wünsche. Und sich auch zu streiten, wer die Verursacher sind, was dagegen getan werden kann.

Wir von der DKP wollen uns da einmischen, wollen unsere Positionen, unsere Haltung zur Diskussion stellen, wie ein kämpferisches und glückliches Leben aussehen kann, trotz der vielen (unmenschlichen) Widrigkeiten und Verlogenheiten. Was bedeutet es, zu 100 Prozent Antikriegspartei, zu 100 Prozent eine antikapitalistische Partei zu sein? Warum ist untrennbar damit die Eigentumsfrage verbunden, und die Machtfrage: wer – wen? Warum ist der Privatbesitz an Produktionsmitteln die Grundlage für die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, was können wir schon jetzt tun? Die Welt steht am Abgrund, die Lage ist gefährlich geworden, das spürt jede(r). Dies hat in erster Linie damit etwas zu tun, dass Kriege, d. h. die Zerstörung von Menschenleben und Umwelt, zu einem anerkannten Mittel für die Lösung von Problemen geworden sind. Und Deutschland marschiert einmal mehr vorneweg. Die Aufrüstungspläne für die Bundeswehr, ihr Einsatz u. a. in Syrien oder Afghanistan, die Stationierung von deutschen Soldaten in Litauen – die Liste von widerlichen Gruseligkeiten lässt sich endlos verlängern!

Im Innern das gleiche Bild, auch hier wird Krieg geführt: Millionenfache Arbeitsplatzvernichtung zur Profitmaximierung, Ausweitung von Armut, Hetze gegen Migranten und Flüchtlinge, Demokratieabbau im großen Stil. Glaubt man den bürgerlichen Parteien, glaubt man all denen, die den Kapitalismus als das einzig denkbare Wirtschaftssystem sehen, sozusagen als die Krönung der menschlichen Entwicklung, dann passiert das alles nur, um den Wohlstand zu fördern und sich dem weltweiten Terror entgegen zu stellen. Was für eine Lüge! Verschärfend kommt hinzu:

Die BRD erlebt seit Jahren eine verheerende Rechtsentwicklung, das heißt nicht Banken, Groß- und Rüstungskonzerne stehen als Verursacher von Krieg und Sozialabbau im Fokus, sondern die Schwächsten der Schwachen, die damit gar nichts zu tun haben, die selbst Opfer sind. Schlimm genug, dass bei den letzten Landtagswahlen in allen Landtagen die AfD eingezogen ist. Was viel beunruhigender ist: Nationalistisches und rassistisches Denken kommt aus der Mitte der Gesellschaft, die Offenheit für rechtsradikales Denken wächst - eine brandgefährliche Entwicklung. Aber wie wäre es damit, die Partei Die Linke (PdL) zu wählen? Die ist schon im Bundestag und hat doch ziemlich klare Positionen? Ja schon, wenn da nicht das ABER wäre. Ist die PdL wirklich konsequent gegen neoliberale Umgestaltung der Gesellschaft, konsequent für Frieden, zu 100 Prozent?

Nein, ist sie nicht! Aktuelles Beispiel: Im Bundesrat haben alle Bundesländer, auch die drei, in denen die PdL mitregiert, also Brandenburg, Berlin und Thüringen, dem neuen Länderfinanzausgleich und dem Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes / Autobahnprivatisierung zugestimmt. Diese Abstimmung zeigt, dass die PdL in der Gefahr steht, sich von der Rolle der Oppositionspartei zu verabschieden. Für die Bundestagswahlen bedeutet das: Auf die PdL gilt es, Druck von links zu entwickeln, um ein Rot-Rot-Grünes Regierungsbündnis zu verhindern, weil die Einbindung in die Staatsmacht das Aufweichen roter Haltelinien, beispielsweise der Friedenslinien, notwendigerweise zu Folge hätte, und eine Lähmung des Widerstandes hervorrufen würde.

Marburger Echo
Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) Marburg

was?	wann?	wo?
“Kuba im Wandel” Buchlesung mit Cocktails	26.07.17 19 Uhr	DGB Haus Marburg

Kontakt

info@dkp-marburg.de

www.facebook.com/dkp.Marburg/

www.dkp-hessen.de

www.dkp-online.de